

Franziska Becker

Überblick: Gerade in Großstädten geraten öffentliche Plätze zum Austragungsort sozialer Spannungen, zum Beispiel bei Nutzungskonflikten um Trinker- und Drogenszenen. Anhand des Vergleichs zwischen einer klassischen Gemeinwesenmediation und einem gemeinwesenorientierten Konfliktmanagement in Berlin werden die Herausforderungen in der Bewältigung komplexer Großgruppenkonflikte dargestellt.



Umkämpfte Plätze

Gemeinwesenmediation und Konfliktmanagement

Der öffentliche Raum ist konfliktträchtig und Ort sozialer Spannungen. So auch in Berlin-Mitte, wo sich auf zwei großen öffentlichen Plätzen Nutzungskonflikte um Trinker- und Drogenszenen zuspitzen, die im Zuge von gemeinwesenorientierten Konfliktvermittlungsverfahren entschärft werden konnten. Welche konkreten mediativen Handlungsstrategien führen zur Entschärfung dieser Nutzungskonflikte und wie nachhaltig ist deren Wirkung im Gemeinwesen?

Im Herbst 2010 hatte es der Leopoldplatz, einer der größten öffentlichen Plätze im Berliner Stadtbezirk Mitte (Wedding) endgültig zu zweifelhafter Berühmtheit gebracht: mit einem Fernsehbeitrag über den dortigen Drogenhandel und einer Begehung durch den Berliner Bürgermeister, der vor aufgegebenen Bürgern Rede und Antwort stand. Denn seit einigen Jahren versammelte sich dort täglich eine der größten Trinker- und Drogenszenen Berlins. Verkehrsgünstig an zwei zentralen U-Bahnlinien gelegen, blühte der Drogenhandel auf dem Platz. Hinzu kamen Lärmbelästigungen, Verschmutzung und fehlende Hygiene sowie Belästigungen bis hin zu Bedrohungen bei der Bitte um Regeleinhaltung. Anwohner, Gewerbetreibende und andere PlatznutzerInnen quer durch alle sozialen Schichten machten mit Unterschriftenaktionen und Pressekampagnen gegen die Trinker- und Drogenszene mobil. Parallel dazu versuchten verschiedene Bürgerforen Druck auf Politik und Polizei auszuüben, um die Situation am Leopoldplatz zu verbessern, bis das Bezirksamt Berlin-Mitte schließlich im September 2011 ein „gemeinwesenorientiertes Platzmanagement“ damit beauftragte, diesen Konflikt zu entschärfen.

Drei Jahre zuvor hatte sich auf einem benachbarten öffentlichen Platz, dem Sparrplatz, ein ähnlicher Konflikt zugespitzt.

Auch dort hatte sich eine Bürgerinitiative gegen eine dauerhaft präsente Trinkerszene formiert und ihrem Ärger in Unterschriftenaktionen Luft verschafft. Als der Konflikt weiter zu eskalieren drohte, übernahm die Mediationsstelle im Stadtteil die Aufgabe, in diesem Konflikt zu vermitteln.

In beiden Fällen geht es um Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, wie sie auch in anderen größeren Städten zu beobachten sind. In den Augen von Anwohnern und PassantInnen ist die Präsenz von Trinkerszenen auf öffentlichen Plätzen ein Symptom, an dem tiefer liegende Probleme festgemacht werden: der Niedergang ihres Stadtteils oder Armutphänomene.

» Die gängige Praxis ist dann meist, diese Szenen von Quartier zu Quartier, von Platz zu Platz hin- und herzuschieben, statt sie in eine integrative Konfliktlösung vor Ort einzubinden.

Der Weg einer „allparteilichen“ Konfliktvermittlung wurde hingegen sowohl am Sparrplatz als auch am Leopoldplatz beschritten. In beiden Fällen konnten die eingangs beschriebenen Nutzungskonflikte entschärft werden: im ersten Fall durch eine klassische Gemeinwesenmediation, im zweiten Fall im Zuge eines „gemeinwesenorientierten“ Konfliktmanagements. In beiden Verfahren, an denen die Autorin als Ethnologin und Mediatorin federführend beteiligt war, stellten sich dabei besondere Herausforderungen, weil sich Gruppierungen gegenüberstanden, die nicht in einen direkten face-to-face-Kommunikationsprozess eintreten wollten oder konnten.

Im Folgenden sollen beide Verfahrensweisen vergleichend betrachtet werden: zum einen eine Gemeinwesenmediation in der Tradition des angloamerikanischen Herkunftsmodells der „community mediation“ (bottom up), zum anderen ein von staatlichen Behörden initiiertes Konfliktmanagement (top down).¹ Gezeigt werden soll (a) welche mediativen Prinzipien und Methoden jeweils zur Anwendung kamen, (b) welche integrative Funktion beide Konfliktvermittlungsverfahren „im Gemeinwesen“ hatten und schließlich (c) wie nachhaltig sie im Sinne einer dauerhaft konstruktiven Konfliktlösung sind.

Der Fall „Sparrplatz“ – eine klassische Gemeinwesenmediation

Auf dem Sparrplatz hatte sich in den Jahren 2006 bis 2007 eine wachsende Trinkerszene von rund 40 Personen formiert. Auf der ersten Bürgerversammlung äußerten (vor allem weibliche) AnwohnerInnen Ängste vor den überwiegend männlichen Alkoholtrinkern auf dem Platz; konkrete negative Erfahrungen wurden jedoch nicht benannt. Im Laufe der Diskussion wurde ein ganzes Panoptikum von Verfallserscheinungen am Problem der Trinkerszene festgemacht: die Abwanderung junger Familien und die Vertreibung älterer Anwohner aus den Parkanlagen, aber auch zunehmender Wohnraumleerstand und Kundenrückgang bei den Gewerbetreibenden. Mit Blick auf die Behörden forderten AnwohnerInnen: „Es gibt nur eine Möglichkeit. Die Leute müssen weg, bevor noch mehr Anwohner den Kiez verlassen“. Dass „die Trinker“ selbst Bewohner des Kiezes sein könnten, wurde gar nicht erst in Erwägung gezogen. Den Behörden warf man vor, das Problem zu verharmlosen, ja die Interessen der „soziale Schwachen“ und Arbeitslosen über die der „arbeitenden Bürger“ zu stellen. In der Bürgerversammlung verfestigte sich bei den Anwohnern nochmals der Eindruck, dass sich der Staat und seine lokalen Institutionen aus ihrem Problemquartier zurückgezogen hatten. Als die Auseinandersetzung zu eskalieren drohte, wurde die im Quartier ansässige Stadtteilmediation um Hilfe gerufen, um den Konflikt zu entschärfen.

Die Stadtteilmediation in Berlin-Wedding ist ein Projekt, das seit 2004 besteht und wie vergleichbare Einrichtungen im Zuge von staatlich geförderten Mediationsprojekten für „benachteiligte Stadtquartiere“ großer Städte entstanden war.²

» Ehrenamtliche MediatorInnen bieten dort kostenfrei und niedrigschwellig Konfliktvermittlungen für alle Bewohner, Vereine und sozialen Einrichtungen im Stadtteil an.³

Vermittelt wird nicht nur bei „klassischen“ Nachbarschaftsstreitigkeiten (mikrosoziale Ebene), sondern auch bei Konflik-

ten, die zwischen größeren Gruppen im bzw. um den öffentlichen Raum ausgetragen werden (mesosoziale Ebene). Solche Großgruppenmedationen sind aufgrund der Vielzahl an Beteiligten oftmals komplex und langwierig zu bearbeiten. Im konkreten Fall – der Gemeinwesenmediation am Sparrplatz – waren bis zu sechs MediatorInnen über zwei Jahre tätig.

Doch nun zum konkreten Vorgehen dieser Großgruppenmediation. Wie konnte der Konflikt entschärft werden? Welche mediativen Prinzipien waren handlungsleitend und wie wurden sie methodisch umgesetzt? Zunächst galt es, alle am Konflikt beteiligten Personen / Gruppen als gleichberechtigte Parteien in den Vermittlungsprozess einzubeziehen und ihre jeweiligen Sichtweisen im Sinne der Allparteilichkeit gleich zu gewichten.

» Dies bedeutete, auch mit der Trinkerszene in Kontakt zu treten und mit ihnen anstatt nur über sie zu reden.

Was trivial erscheinen mag, war in unserem Fall keineswegs selbstverständlich, denn zuvor hatte niemand mit ihnen gesprochen. Erst im Zuge dieser Gespräche wurden „die Trinker“ als Individuen erkennbar. In den rund 40 Gesprächen, die

1) Im ersten Fall übernahmen MediatorInnen die Konfliktvermittlung ohne „Auftrag von oben“ im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im Stadtteil; im zweiten Fall wurde der Auftrag im Rahmen eines von EU und Bund finanzierten Sanierungsprogramms des öffentlichen Raums (Aktive Zentren) vom Bezirksamt Berlin-Mitte erteilt.

2) Die ersten gemeinwesenbezogenen Mediationsprojekte waren in Deutschland Mitte der 1990er etabliert worden und zielten darauf ab, die zivile Konfliktregelung in städtischen Wohnquartieren mit einer hohen sozialen, kulturellen und ethnischen bzw. nationalen Diversität der Bevölkerung zu befördern. Programmatisch orientieren sich diese GWM-Projekte am angloamerikanischen Herkunftsmodell, wonach die BürgerInnen einer „community“ selbst dazu befähigt werden sollen, Konflikte in ihrer unmittelbaren Lebenswelt selbstverantwortlich, kooperativ und konsensorientiert zu bearbeiten – also von innen heraus, bzw. „bottom up“.

3) Die Stadtteilmediation „Konfliktagentur“ besteht aus einer Gruppe von 11 MediatorInnen unterschiedlicher Berufszugehörigkeit, die teils Schulungen in Gemeinwesen- und Nachbarschaftsmediation, teils professionelle Ausbildungen in allen Sparten der Mediation absolviert haben und im Rahmen der Stadtteilmediation ehrenamtlich arbeiten. Fast alle von ihnen wohnen oder arbeiten im Kiez und setzen sich mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement für eine konstruktive „Konfliktkultur“ in ihrem unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld ein.

wir mit den Mitgliedern der Trinkerszene auf dem Platz führten, wurde schnell deutlich, dass es sich keineswegs um Fremde handelte, wie die AnwohnerInnen angenommen hatten. Vielmehr lebten die meisten von ihnen selbst am Platz; einige von ihnen sogar länger als manche der beschwerdeführenden AnwohnerInnen. Weiterhin ging es aber auch darum, die Perspektive der sich belästigt fühlenden AnwohnerInnen an die Personen aus der Trinkerszene zu vermitteln und auszuloten, ob auch sie ein Problembewusstsein bzw. eigene Lösungsvorschläge hatten. Schließlich erfragten wir die Bereitschaft in der Trinkerszene, sich mit den Anwohnern über Streitpunkte zu verständigen und gemeinsam zu Lösungen des Konflikts zu kommen. Das Ziel dieser Großgruppenmediation war nämlich, mit den Mitgliedern der Trinkerszene Regeln über die Nutzung des Platzes zu verhandeln, um ihn auch für andere Nutzergruppen attraktiv zu machen. Im nächsten Schritt ging es darum, etwas von unserem Wissen über „die Trinker“ (im Sinne des Perspektivenwechsels) an die andere Konfliktpartei – die beschwerdeführenden AnwohnerInnen – zurückzuspiegeln. Dies bedeutete vor allem, kenntlich zu machen, dass die meisten Personen aus der Trinkerszene zur Nachbarschaft gehörten. Manche der kompromisslosen Positionen, die anfangs auf Seiten der Bürgerinitiative vertreten wurden, lösten sich in diesem Zuge auf.

» Zuvor hatten die MediatorInnen mehrstündige deeskalierende Gespräche mit den zentralen Akteuren der Bürgerinitiative geführt und ihnen dabei die Gelegenheit gegeben, ihren Ärger und ihre Problem-sicht zu artikulieren.

In dieser Phase, die gewissermaßen das Kernstück der klassischen Mediation darstellt, stand die Bearbeitung der Konfliktfelder im Vordergrund. Dabei wurden die für den Protest relevanten Handlungsmotive, Interessen und Bedürfnisse, Werthaltungen und Weltbilder systematisch ergründet, um im nächsten Schritt Vorstellungen und Visionen auszuloten, wie der Platz in Zukunft aussehen könnte und was die Gesprächspartner bei zukünftigen sozialen Nutzungsformen für wichtig erachteten. Schließlich regten wir unsere Gesprächspartner dazu an, über Lösungsmöglichkeiten des Konflikts und die eigene Mitwirkung daran nachzudenken. Im Verlauf dieser Gemeinwesenmediation haben die MediatorInnen auch mit anderen Anwohnergruppen, die nicht zur Bürgerinitiative gehörten, Gespräche geführt, um möglichst viele verschiedene Sichtweisen auf das Trinkerproblem auszuloten. Auch darin kamen die partizipatorischen und pluralistischen Prinzipien der Mediation zum Tragen. Um schließlich auch strukturelle Ebenen des Konflikts in den Mediationsprozess einzubeziehen, kontaktierten die MediatorInnen Gewerbetreibende, Hausbesitzer und Hausverwaltungen rund um den Platz, was

im Blick auf die Sozialstruktur in einem sogenannten „Brennpunktquartier“ besonders relevant ist.

Im Ergebnis hat diese Gemeinwesenmediation bewirkt, dass der Nutzungskonflikt am Sparrplatz nachhaltig beigelegt werden konnte.

» Einige Personen aus der Trinkerszene haben inzwischen eine „Ordnerfunktion“ auf dem Platz übernommen und beteiligen sich bis heute an den öffentlichen Festen „ihres Kiezes“.

Die Einbindung zentraler Personen aus der Trinkerszene hat dazu geführt, dass sie auftretende Konflikte soweit wie möglich selbst regeln. Als Folge dessen setzte bei den AnwohnerInnen, die sich anfangs für die Vertreibung der Trinkerszene eingesetzt hatten, ein Perspektivenwechsel ein. Denn das Bild einer amorphen Masse „fremder Alkoholiker“ hatte sich zugunsten konkreter Einzelschicksale, die zum Kiez dazu gehören, relativiert. Die Bürgerinitiative löste sich auf; Anwohnerbeschwerden gibt es seither nicht mehr.

Mediationsverfahren bei Konflikten im öffentlichen Raum sind langwierige Aushandlungsprozesse, die oftmals nur in Form einer Pendelmediation bearbeitet werden können, da zwischen den am Konfliktgeschehen beteiligten Gruppen kein direkter Austausch möglich ist. Mediationsverfahren wie am Sparrplatz können als gezielte, deeskalierende Intervention gegen soziale Spannungen „im Gemeinwesen“ eingesetzt werden. Die nachhaltige Wirkung dieser Gemeinwesenmediation bestand darüber hinaus darin, eine ausgegrenzte Gruppe wieder stärker in die lokale „Gemeinschaft“ einzubinden und somit die soziale Integration im Kiez zu befördern. Nachhaltig wirkte aber auch, dass die meisten MediatorInnen selbst Mitglieder des nachbarschaftlichen Gefüges waren, in dem sie mediierten. Ihr Auftrag war nicht „von oben“ initiiert worden, sondern sie hatten sich im Rahmen ihres bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil selbst dazu ermächtigt – eine klassische Gemeinwesenmediation (bottom up).

Der Fall „Leopoldplatz“ – ein gemeinwesenorientiertes Konfliktmanagement

Im Nutzungskonflikt am Leopoldplatz wurde die Konfliktvermittlung dagegen von staatlichen Behörden im Kontext eines städtebaulichen Sanierungsprozesses (top down) initiiert und erfolgte im Rahmen eines „Platzmanagements“⁴, mit dem ein sozialer Träger im September 2010 durch das Bezirksamt Berlin-Mitte beauftragt wurde. Wie am Sparrplatz sollte die Trinker-

4) Das „soziale Platzmanagement Leopoldplatz“ wird von der Autorin (Ethnologin und Mediatorin) und einem Sozialpädagogen (Streetwork) durchgeführt.

und Drogenszene nicht vertrieben, sondern nach Möglichkeit in eine präventive Lösungsstrategie eingebunden werden. Neben dem Schwerpunkt „Streetwork“, also der aufsuchenden Sozialarbeit in der Trinker- und Drogenkonsumentenszene, sollte das Platzmanagement vor allem konfliktvermittelnde Netzwerkarbeit „im Gemeinwesen“ leisten.

Allerdings war das Konfliktfeld Leopoldplatz im Vergleich zum Sparrplatz ungleich komplexer und aufgrund des bevorstehenden Berliner Wahlkampfes auch hochgradig politisiert, was den Lösungsdruck verstärkte. Hinzu kam, dass im aktuellen Konfliktgeschehen einerseits ständig neue Akteure auftauchten, andererseits aber auch ältere, unbearbeitete Konflikte wieder aufbrachen, die den eigentlichen Nutzungskonflikt im öffentlichen Raum überlagerten und seine Lösung strukturell zu blockieren drohten.⁵ Allein die Frage zu klären, wer eigentlich am Konflikt beteiligt und wie darin involviert war, stellte sich als Herausforderung dar. Denn da standen sich nicht nur eine Gruppe von „Trinkern“ und ein paar Bürger gegenüber, sondern es hatten sich bereits diverse, zum Teil stark politisierte Netzwerke gebildet. Längst waren nicht nur allein drei verschiedene Bürgergruppen⁶ involviert, sondern auch Politiker, Verwaltungschefs, aber auch Polizei, Medien und andere Akteure, wie z. B. eine große Kirchengemeinde. Schnell wurde uns klar, dass es eine Vielzahl an beteiligten Akteuren mit jeweils eigenen Interessen und Logiken gab. Der Leopoldplatz ist kein überschaubarer Sozialraum mit einer von den BewohnerInnen geteilten Kiezidentität wie am Sparrplatz, sondern ein vielschichtiger Passagepunkt, der die große soziale, kulturelle und politische Diversität urbaner öffentlicher Sphären widerspiegelt.⁷

Der Gemeinwesenorientierung des sozialen Platzmanagements entsprechend, erforderte dies zunächst unzählige Gespräche mit allen relevanten Akteuren rund um den Leopoldplatz, um Kontakt herzustellen und Vertrauen aufzubauen, aber auch, um die zur Problemlösung relevanten Ressourcen zu erschließen sowie Mitwirkungsbereitschaft und -möglichkeiten bei der Konfliktentschärfung auszuloten. Diese Netzwerkarbeit mit verschiedenen zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren, staatlichen Institutionen und sozialen Einrichtungen (z. B. Suchthilfe, Wohnungslosenhilfe etc.) bildete über ein Jahr lang einen Arbeitsschwerpunkt des sozialen Platzmanagements. Eminent wichtig war auch hier „Allparteilichkeit“, also jene Haltung in der Mediation, die es ermöglicht, die Positionen, Interessen und Bedürfnisse *aller* am Konflikt beteiligten Akteure als gleichwertig wahrzunehmen.

» **Als besonders anspruchsvolle Gratwanderung stellte sich dabei der Spagat zwischen parteilicher Sozialarbeit (mit den Szenen) und allparteilicher Vermittlungsarbeit heraus.**

Dies erst recht, weil das Konfliktfeld von einem hoch politisierten und von polarisierenden Diskurs durchdrungen ist. In unserer Arbeit waren wir besonders von einem polarisierenden Diskurs zwischen Sozialarbeit versus Ordnungspolitik betroffen. Allein durch unseren Arbeitsansatz, also der Verbindung von Straßensozialarbeit und Gemeinwesenmediation, die nicht nur die Bedürfnisse der Szenen, sondern auch ordnungsregulierende Bedürfnisse von AnwohnerInnen im Blick hat, konnten wir diese konträren Diskurse ein Stück weit integrieren. Denn im Sinne eines „integrierten Handlungskonzepts“ bestand von vornherein die Notwendigkeit, nicht nur die verschiedenen Bürgerinitiativen, sondern auch lokale ordnungspolitische Instanzen wie Polizei und Ordnungsamt *in präventiver Funktion* ins Konfliktmanagement mit einzubeziehen. Die Darlegung und Begründung dieses integrierten Ansatzes vor politischen Entscheidern und Funktionsträgern der Verwaltung war im Blick auf den unmittelbar bevorstehenden Wahlkampf allerdings nicht ganz einfach.⁸

Zum Kern der Konfliktvermittlung gehörte vor allem die Beteiligung der ansässigen „Szene“, die im Rahmen eines großangelegten Sanierungsprozesses des Leopoldplatzes in die Problemlösung einbezogen wurden. Ein zentraler Baustein dieser Umgestaltung war die Einrichtung eines neuen legitimen Aufenthaltsbereiches für die Szene, um einerseits den vorderen Bereich des Platzes für andere Nutzergruppen attraktiver zu machen, und andererseits die Trinker- und Drogenszene zu entflechten, um die bestehenden Nutzungskonflikte zu entschärfen. Eine solche Verlagerung ist jedoch kein mechanischer Vorgang und erforderte eine möglichst breite Beteiligung der Szene. Um die Möglichkeiten und Grenzen dieses

5) Z.B. eine seit Jahrzehnten verfestigte Konfliktlinie zwischen der am Leopoldplatz ansässigen evangelischen Kirchengemeinde und dem Bezirksamt, die sich an wechselnden Themen und Repräsentanten immer wieder entzündete.

6) Ein „Runder Tisch“ (vom Bezirksbürgermeister in Reaktion auf die massiven Beschwerden von Anwohnern und Gewerbetreibenden gegen die Trinker- und Drogenszene gegründet); eine „Bürgerplattform“ (breites Bürgerbündnis nach amerikanischem Vorbild des Community Organizing) und die „Stadtteilvertretung“ (ein in städtischen Sanierungsgebieten eingesetztes Bürgergremium mit beratender Funktion von staatlichen Behörden).

7) Dies spiegelt sich auch in der Heterogenität der dortigen Trinker- und Drogenszene wider; nur ein kleiner Teil stammt aus den umliegenden Wohngebieten, die Mehrzahl kommt aus anderen Stadtteilen Berlins, teils vertrieben von anderen Plätzen.

8) Der Bezirksbürgermeister (SPD) vertrat zunächst ausschließlich die „soziale Seite“, der zuständige Stadtrat (CDU) dagegen einen stärker ordnungspolitischen Ansatz.

Umzugs auszuloten, wurde zunächst eine mehrwöchige ethnographische Felderkundung⁹ in der Szene durchgeführt. Auf diese Weise wurde Wissen über die Heterogenität und Fluktuation der Szene, Abgrenzungsprozesse innerhalb verschiedener Gruppierungen (z. B. in Bezug auf Drogen- bzw. Alkoholkonsum) sowie über lokale Verortungen und die identitäre Bedeutung des Leopoldplatzes erhoben. Mit Befragungsmethoden der Mediation wurde parallel dazu ausgelotet, welches Problembewusstsein bezüglich der bestehenden Nutzungskonflikte es gab, und welche Vorschläge aus der Szene selbst kommen, um die Situation zu verbessern. Mit Blick auf den Aufenthaltsbereich waren relevante Fragen, wer überhaupt „mitziehen“ würde, wer in der Szene „etwas zu sagen hat“ und wer auch später für die Einhaltung von Regeln sorgen könnte. Inzwischen hat sich die Szene dorthin verlagert, und ein „harter Kern“ kümmert sich kontinuierlich um eine gewisse Regeleinhaltung (Regulierung von szenointerner Gewalt, Sauberkeit, Müllentsorgung), was für eine gelungene Aneignung des neuen Ortes spricht. Ihren ehemals angestammten Bereich auf dem vorderen Leopoldplatz hat die Szene gänzlich aufgegeben, was wiederum zu einer deutlichen Entspannung im gesamten sozialen Feld und einer insgesamt positiven öffentlichen und politischen Resonanz geführt hat.

Im Ergebnis konnte der akute Nutzungskonflikt am Leopoldplatz entschärft werden. Dies konnte nur *mit Beteiligung der Szenen* gelingen, aber *auch nicht ohne den Staat* und seine Verwaltung. Denn der Staat ist nicht nur Geldgeber im Sanierungsprozess, sondern auch ein zentraler Akteur im Konfliktgeschehen. „Managing Diversity“ bezog sich in diesem komplexen Aushandlungsprozess nicht nur auf die Diversität des sozialen Feldes, sondern durchaus auch auf die Diversität der daran beteiligten *staatlichen* Akteure, einem komplexen Gewebe aus unterschiedlichen Hierarchieebenen und Verwaltungssträngen mit je eigenen Logiken und Interessenslagen.

» So bedeutete professionelle Vermittlungsarbeit zum einen, mit der Diversität staatlicher Behörden konstruktiv umzugehen, zum anderen eine permanente Übersetzungsleistung (im Sinne der Pendelmediation) zwischen Szene, Bürgergruppen und Behörden bzw. Stadtplanern.

Als gemeinwesenorientiertes Platzmanagement brachten wir alle für die Konfliktlösung relevanten Akteure im Sinne eines „integrierten Handlungskonzepts“ zusammen. In dieser kommunikativen Vernetzung zivilgesellschaftlicher, staatlicher und

sozialpolitischer Akteure liegt bis heute ein nachhaltiger Ertrag dieses Konfliktmanagements. So finden inzwischen z.B. regelmäßige Abstimmungsrunden mit den sog. „Praktikern am Leo“ statt (Sozialarbeit bzw. Platzmanagement, Suchthilfe, Kirche, Polizei, Ordnungsamt sitzen an einem Tisch), die – wenngleich in unterschiedlichen Rollen und Funktionen – mit dem gemeinsamen Ziel vor Ort sind, die Situation dort dauerhaft zu stabilisieren.

Im Fall des Leopoldplatzes war eine durchgängig prozessorientierte, multimethodische und interdisziplinäre Vorgehensweise erforderlich, um der Vielschichtigkeit des Konfliktgeschehens, der Vielzahl an beteiligten Akteuren und der Komplexität von Abstimmungsprozessen gerecht zu werden. Kompetenzen aus den Bereichen Sozialarbeit, Gemeinwesenmediation und qualitativer Sozialforschung produzierten hier synergetische Effekte.

Beide Verfahren – am Sparrplatz wie am Leopoldplatz – haben Wege aufgezeigt, wie Nutzungskonflikte mit sogenannten „problematischen Gruppen“ im öffentlichen Raum ohne repressive Verdrängung und mit Beteiligung dieser Gruppen konstruktiv reguliert werden können. Darüber hinaus hat sich in beiden Fällen auch die nachhaltige Stärke mediativer Verfahren und Methoden im Gemeinwesen erwiesen: ob in Form nachbarschaftsähnlicher Integration im kleinräumigen Stadtquartier, oder als kommunikative Vernetzung zwischen Zivilgesellschaft und Staat.

Literatur

Becker, Franziska (2008): Konflikte um den öffentlichen Raum: eine Großgruppenmediation aus ethnologischer Perspektive. In: Götz, Monika / Schäfer, Christa (Hrsg.): Mediation im Gemeinwesen. Baltmannsweiler, S. 235–249.
Schulz, Olaf (2004): Gemeinwesenmediation als Methode partizipativer Gemeinwesenarbeit. Norderstedt.
Winter, Frank (2005): Soziale Mediation in städtischen Problemquartieren. In: Soziale Stadt info 18, S. 27–29.



Kontakt

Dr. Franziska Becker, Ethnologin und Mediatorin; Arbeitsschwerpunkte: Mediation und Konfliktmanagement (insb. Großgruppenkonflikte), Diversity-Management, Wissenschaftliche Prozessbegleitung (für Hochschulen und Graduiertenkollegs) sowie Lehr- und Publikationstätigkeit.
franziska-becker1@gmx.de

9) Von der Autorin mit der ethnologischen Methode der sog. Teilnehmenden Beobachtung durchgeführt.